

Frieden in der Ukraine: nur wenn Russland abzieht

Politik Manfred Scholl, militärischer Berater im Auswärtigen Amt, über den Krieg in der Ukraine.

Ellwangen. Auf Einladung der Gesellschaft für Sicherheitspolitik, Sektion Ostwürttemberg, und des Bundessprachenzentrums sprach am Donnerstagabend im Olgasaal der Reinhardt-Kaserne Oberstleutnant Manfred Scholl, militärischer Berater im Auswärtigen Amt, vor rund 60 Zuhörerinnen und Zuhörern. Wir befragten ihn vorab zur Friedensperspektive im Ukraine-Krieg.

Schwäbische Post: Der Krieg in der Ukraine fordert täglich zahlreiche Opfer. Beide Kriegsparteien erhalten Waffenhilfe von befreundeten Staaten. Wie lange kann die Ukraine diesen Kampf noch führen? Gehen dem Land bald die Soldaten aus?

Manfred Scholl: Vielmehr stellt sich die Frage, ob wir es uns leisten wollen und können, dass die Ukraine diesen Krieg verliert. Putins-Russland würde nach einem Sieg über die Ukraine vor weiteren Ländern nicht haltmachen und weitere Eroberungen anstreben. Gerade unsere osteuropäischen Nachbarn wie Polen und die Baltischen Staaten haben große Sorge vor einem solchen Szenario und rüsten ihre Streitkräfte zum Teil massiv auf. Als Folge des völkerrechtswidrigen Überfalls Russlands auf sei-

nen unmittelbaren Nachbarn strebten Schweden und Finnland in die NATO. Damit rechtfertigt die NATO als gemeinsames Werte-Bündnis, auch lange nach der Phase des Kalten Krieges ihren Fortbestand. So ist es auch unsere Pflicht, zum Erhalt der demokratischen Ordnung und von Frieden und Freiheit, die Ukraine bestmöglich in ihrem Kampf zur Wiederherstellung ihrer territorialen Integrität zu unterstützen. Ja, es ist durchaus eine Katastrophe, dass auf beiden Seiten so viele Soldaten sterben müssen. Im Gegensatz zur Ukraine sind die Verluste auf russischer Seite um ein Vielfaches höher. Ein soldatisches Menschenleben zählt in Russland nichts und Putin opfert die Zukunft mindestens einer ganzen Generation. Er hat es in der Hand, es schnell zu beenden.

Sehen Sie in Russland Zeichen für Erschöpfung oder einen Mangel an Kriegsmaterial?

Beide Seiten kämpfen mit dem Mangel an Kriegsmaterial, wobei es die Ukraine hier deutlich härter trifft. Aus der Zeit des Kal-

ten Krieges verfügt Russland noch über hohe Bestände, zwar alter, aber noch gebrauchsfähiger Munition und Waffen. Zudem ist Russland trotz aller Sanktionsbestrebungen in der Lage, neues Material, wenn auch im geringeren Umfang, herzustellen. Die Ukraine ist viel stärker auf Waffen- und Munitionslieferungen von uns und unseren Partnern angewiesen. Jedoch sind auch unsere Bestände endlich und müssen deshalb schnellstmöglich nachproduziert werden.



Manfred Scholl
Foto: privat

Verschiedene Initiativen für einen Waffenstillstand führten bislang nicht zum Erfolg. Woran liegt das? Sind die Bedingungen der Kriegsparteien wirklich unüberbrückbar?

Der ukrainische Präsident Selenskyj hatte im März 2022 weitreichende Zugeständnisse in die damaligen Verhandlungen eingebracht, u.a. z.B. den Verzicht auf eine NATO-Mitgliedschaft. Schon damals war klar, dass dies für Russland nicht ausreichend war. Putin wollte die gesamte Ukraine erobern. Die nach dem

Abzug der russischen Besatzer bekannt gewordenen Kriegsverbrechen und Massaker an der Bevölkerung in Irpin und Butscha machten weitere Verhandlungen jedoch obsolet. Putin ist nicht wirklich an einer Verhandlungslösung interessiert, sondern wird den militärischen Konflikt so lange wie möglich fortführen.

Was müsste geschehen, dass es zu einer Friedensvereinbarung kommt?

In einem Satz ausgedrückt: Russland muss den Krieg verlieren und das ukrainische Staatsgebiet mit allen Soldaten verlassen.

Die Ukraine wird auf Sicherheitsgarantien bestehen und den Schutzschirm westlicher Staaten, insbesondere der USA. Wird sich Russland jemals darauf einlassen?

Die Frage ist nicht, ob sich Russland darauf einlässt und es akzeptiert. Sondern vielmehr müssen wir die Ukraine so resilient machen, dass das Land sich mit eigenen Kräften und Fähigkeiten verteidigen kann und Russland erkennt, dass es sich nicht lohnt, jemals wieder ein benachbartes Land anzugreifen. Sicherheitsga-

rantien für die Ukraine wurden durch die NATO-Mitgliedsstaaten beim jüngsten Gipfel in Vilnius auf den Weg gebracht.

Seit Februar 2022 bestimmen immer mehr die Fernlenk Waffen (Drohnen und Raketen) das Geschehen. Was bedeutet dies für die künftige Verteidigungsstrategie der Bundesregierung?

Der völkerrechtswidrige Drohnen- und Raketenbeschuss war von Beginn an Gegenstand des russischen Kriegshandelns. Leidtragende dieser todbringenden Attacken war vor allem die Zivilbevölkerung. Die Bundeswehr hat seit Jahren Anstrengungen unternommen, die Abwehrgenauigkeit gegen die unterschiedlichen Raketentypen und Drohnen weiter zu entwickeln. Dass dies in ersten Schritten durchaus bemerkenswert gut gelungen ist, zeigt das erfolgreiche Flugabwehrsystem IRIS-T in der Ukraine. Aber auch der bereits vor über 10 Jahren ausgemusterte Flugabwehrkanonenpanzer Gepard leistet noch immer wertvolle Dienste z.B. in der Abwehr der russischen Shaheed-Kamikazedrohnen. Auf europäischer Ebene wurde vereinbart, ein flächendeckendes Abwehrsystem aufzubauen. *Gerhard Königer*